

Union in Deutschland

Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Zahlungen an Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Blücherstraße 14, Postscheckkonto Köln 36531 und Bankverein Westdeutschland, Filiale Bonn 7487

Nr. 65

Bonn, den 16. August 1952

VI. Jahrg.

Professor Dr. Friedrich Dessauer:

Die Selbsterlösung gelang nicht

Der 2. Präsident des vom 15.—29. August in Berlin stattfindenden 75. Deutschen Katholikentages 1952 schreibt zu einem der wesentlichen Themen der Arbeitsgruppen des Jubiläums-Katholikentages: „Bringt die Technik uns voran?“:

Es ist wahr: die vom neuen Forschungssystem der Naturwissenschaft befruchtete Technik hat großes für das Menschengeschehen geleistet. Gefahren, denen die Verfahren unterlagen, sind gebannt, Sehnsüchte, Träume, wie der Flug, das Fernhören und Fernsehen, erfüllt, Bildungsmittel in so reicher Zahl zur Verfügung gestellt, daß sie fast jeden erreichen können. Der Mensch ist aus der bedrängten vegetativ-animalischen Zone heraufgestiegen. Er trägt nicht mehr die Lasten mit seinen Muskeln: er regiert Krane. Seine Tätigkeit rückt vom Tierischen, Muskulären in eine steigend geistigere Sphäre — trotz aller Rückstände, die uns bedrängen. Das ist der Sinn der Technik, daraus quillt ihr Ethos und die Lebensform ihrer Berufe.

Dessen wurde der Mensch inne; er sah, daß er mächtig wurde, daß naturwissenschaftliches Forschen und technisches Zielgestalten ihn von vielem Lastenden befreite, ihn von Gefahren aus der Natur, Hitze, Kälte, Hunger, Infektionen erlösen könne, ihm das Leben reicher mache. Das ging also wirklich und zwar gerade auf diese Weise! Ganz anders also, wie die Alten es versuchten. Man betet zu keinem Gott, um die Nächte zu erhellen. Die Gesetze der Elektrodynamik reagieren nicht auf Bitten und Opfer. Nicht Engel, sondern Gravitationsgesetze regieren die Planetenbahnen, und sie sind durch unsere Wünsche nicht zu ändern. Der Blitzableiter schützt besser als die geweihte Kerze der Großmutter, und die Verbauung des Berges schützt besser vor der Lawine als die Wallfahrt, auch Infektionen und Tumoren sind nicht böse Geister, die man beschwören kann. Die Naturgewalten sind „nicht wie wir“. Man muß sie erkennen, das ist, ihre Gesetzesordnung von Ursache und Wirkung und von physikalischer Wahrscheinlichkeit und Wirkung in den eigenen Geist aufnehmen. Der so erweiterte Menschengestalt kann dann mit den Gefahren fertig werden, denen der Unwissende wie das Tier erliegt.

Der erste Weltkrieg kam und damit die Enttäuschung des Zusammenbruches. Man hatte etwas halb unternommen, halb zugelassen und war nicht damit fertig geworden — ganz und gar nicht! Warum ging es nicht? Die Hand, die Halt sucht in der Not, ward ausgestreckt. — Aber sie griff nach unten. Aus der Tiefe, dem Boden, dem Blut, dem Tier im Menschen sollten Kräfte kommen, die Bedrängnis abschütteln, ein Führer sollte erstehen,

der alles zusammenballte und seine Gefolgschaft herausführt — wohin, das war wenig klar. Der Führer fand sich, der alle irdischen Mittel, ohne Schwankungen, heranzog. Natürlich, das Wissen von den Naturdingen und vom Gestalten, die Technik, aber auch alles andere: die Rechtsordnung, jede soziale Formierung, alle Leidenschaften, alle und jegliche Kraft, die sich fand, und jeder Zwang und jede Entbehrung. Ganz aus dem Irdischen heraus sollte die Erlösung geholt werden — nur ein Gedanke herrschen: Heraus aus dem Zusammenbruch des Prometheus, und zwar schnell, ohne Zögern, ohne Bedenken!

Daher erklären sich die Appelle, die uns noch in den Ohren klingen — der Aufruf

an den hemmungslosen Fanatismus. Fanatismus erfordert Verzicht auf Besinnung, Wertung, Ordnung, auf Menschlichkeit. Wenn ein Raubtier im Blutausch viel mehr Opfer reißt, als es zu seiner Erhaltung benötigt, so ist die Schuldfrage nicht gestellt — denn es kennt nicht, wie der Mensch, Werte, hat nicht Besinnung. Der Mensch aber hat dies und kann es sich nicht wegnehmen. Unterdrückt er dies, sein Menschliches, so wird er nicht tierhaft, sondern gegen seine Eigennatur gekehrt; der entsprechende Ausdruck hierfür ist: Böse. Wer das Böse — oder einen Bösen zum Führer hat, muß sich nicht wundern, wenn er in einer Hölle ankommt. Man kam dort an. Die Selbsterlösung gelang nicht. Der Versuch brachte das größte Verderben der Weltgeschichte. Und — das Verderben droht weiter. Die große Zahl der zerstörten haltlos gewordenen Seelen ist in Gefahr! Es wurde deutlich, daß wir Menschen allein auf uns selbst gestellt, den Halt nicht bieten, nach dem wir die Hände ausstrecken.

Katholikentag - zum erstenmal in Berlin

Zum 75. Deutschen Katholikentag hat Bischof Wilhelm Weskamm eine Betrachtung veröffentlicht, der wir folgende Gedanken entnehmen:

Es ist eigenartig: In über 100 Jahren wurden 74 deutsche Katholikentage abgehalten, und keiner von ihnen ist im ruhigeren Berlin gewesen. Für den 75. Deutschen Katholikentag ist ausgerechnet Berlin gewählt worden, diese Stadt, der nicht nur das Wesentliche ihrer Bedeutung im Reiche genommen wurde, sondern die auch ständig die zerrende Not und Spannung der Gegenwart an sich erfährt, Symbol der ungelösten und gefährlichen Fragen unseres Kontinents, ja aller Welt.

Es hat einen tiefen Sinn, daß der 75. Deutsche Katholikentag an diesem Punkt stattfindet, der gerade jetzt ins Blickfeld der Fragen und Sorgen gerückt ist. Wenn mit dieser Stadt auch ganze Bündel von politischen Fragen verknüpft sind, so geht es uns beim Katholikentag nicht um diese. Den Christen geht es in diesen Tagen vielmehr um die Grundfragen, um die geistigen und religiösen Grundlagen unseres Lebens. Der „autonome“ Mensch ist in einer Entwicklung, welche er selbst nicht für möglich gehalten hat, bis an den Rand gebracht worden. Selbstherrlich, keine Bindung anerkennend, hat er den Ruf vom „toten Gott“ ertragen. Ihm ist nicht nur Christus geschwunden und die Kirche fremd geworden, sondern auch das Letzte gestorben, der Glaube an den Schöpfer und Herrn. So schiebt er die Schöpfungsordnung, das tragende Fundament allen Lebens, mißachtend beiseite und versucht nun, in tragischem Mühen sein Glück und ein besseres Leben in einer Ordnung ohne Gott zu bauen.

Diesen Menschen, den wir nicht nur in einer Himmelsrichtung suchen dürfen, nimmt der Katholikentag bei der Hand und ruft ihm zu, daß „Gott lebt“. Das will er nicht nur etwa apologetisch in die Welt hineinrufen, das wäre nichts; sondern er will es zu innerer Verpflichtung einem jeden sagen, damit der lebendige Gott uns wieder lebendiger werde, daß er uns wirklich Antwort werde auf alle Fragen und Kraft und Verantwortung gebe für diese Zeit. Papst Pius XII. hat zum Mainzer Katholikentag 1948 das Wort gesprochen: „Gott lebt noch und noch gilt seine Ordnung.“

Dieser Katholikentag ist von vielen Hemmungen umstellt, solchen, die tatsächliche Erschwernisse bringen, und anderen, die sich psychologisch auswirken. Wir müssen uns leider damit abfinden, daß die Grenzen den Besuch mindern. Wir möchten nur sehr wünschen, daß diese Grenzen uns nicht trennen, daß dieses Ferngehaltenwerden nicht dazu führt, daß wir aneinander vorbeischaun, bis wir uns gar aus dem Blick, aus der Verbundenheit und der brüderlichen Besorgtheit entschwinden. Ich weiß nicht, ob in absehbarer Zeit solch ein verbindendes, brückenbauendes Zusammenkommen noch einmal möglich sein wird. Um so mehr möge dieser Katholikentag die Kirche Christi in deutschen Landen geistig vereinen und die getrennten Teile bis in die Herzen und Gewissen hinein zusammenbinden.

Neuer Rekord der Beschäftigtenzahl

„Vollbeschäftigung“ erreicht nach Keynes

Ende Juni 1952 überschritt, wie die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung mitteilte, die Zahl der Beschäftigten in der Bundesrepublik zum erstenmal die 15 Millionengrenze. Am 30. Juni wurden 10 493 583 beschäftigte Männer und 4 677 121 beschäftigte Frauen gezählt. Das ist der höchste Beschäftigtenstand seit der Währungsreform vor vier Jahren.

Er übersteigt den bisherigen Höchststand vom September 1951 um 286 000. Ende Juni 1952 wurden rd. 1,7 Mill. Arbeiter, Angestellte und Beamte mehr beschäftigt als um die Mitte des Jahres 1948. Die Zunahme der Beschäftigtenzahl in den Monaten April bis Juni des laufenden Jahres ist mit 587 000 die höchste, die in den vergangenen vier Jahren in einem Quartal festgestellt wurde.

An der Gesamtzunahme von 587 000 Beschäftigten waren alle Länder — wenn auch recht unterschiedlich — beteiligt. Der absoluten Zahl nach liegt Nordrhein-Westfalen mit einer Zunahme um rund 161 000 an der Spitze, gefolgt von Bayern und Niedersachsen. Am geringsten nahm die Zahl der Beschäftigten in Rheinland-Pfalz zu, wenn man von dem kleinen Bremen ganz absieht. Die Zahl der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen nahm aber nur um rund 26 000 ab; das bedeutet, daß hier zusätzlich rund 135 000 Arbeitnehmer erstmalig oder erneut in das Erwerbsleben eingetreten sind. Diese große Zunahme erklärt sich überwiegend daraus, daß es gelungen ist, einen erheblichen Teil der zu Ostern Schulentlassenen in die Wirtschaft einzugliedern.

Verhältnismäßig am stärksten war gegenüber dem 31. März 1952 die Zunahme der Beschäftigten infolge stark erhöhter Bau-tätigkeit in den Flüchtlingsländern. Sie betrug in Niedersachsen 6,4 Prozent, in Bayern 6,1 Prozent und in Schleswig-Holstein 5,9 Prozent.

Sehr viel zahlreicher sind die Wirtschaftszweige, in denen sich die Beschäftigung seit der Währungsreform zum Teil sehr beachtlich erhöht hat. Besonders stark war die Zunahme im Zweig „Handel, Geld-, Bank- und Versicherungswesen“, im „Maschinen-, Stahl-, Eisen- und Fahrzeugbau“, im „Bau- und Baunebengewerbe“ und im „Textilgewerbe“. Um mehr als die Hälfte erhöhten ihren Beschäftigungsstand die Eisen- und Metallgewinnung, die Papiererzeugung und -verarbeitung und das Textilgewerbe. Das Bau- und Baunebengewerbe liegt der relativen Zunahme nach mit 25,7 Prozent erst an 14. Stelle.

Die Bundesanstalt weist in dem Vierteljahresbericht darauf hin, daß die Zahl der Arbeitslosen im zweiten Quartal 1952 insgesamt um fast 340 000 oder 21,5 Prozent zurückging. Das ist absolut und relativ der bisher größte Quartalsrückgang seit dem Währungsschnitt. Die Abnahme der Arbeitslosigkeit in der Zeit von Ende März bis Ende Juni 1952 kam den Männern mit 291 000 und den Frauen mit rund 40 000 zugute. Da die Zahl der Arbeitslosen im zweiten Vierteljahr 1952 um 339 680 ab-, die der Beschäftigten aber um 587 211 zugenommen hat, ergibt sich ein Zuwachs an unselbständigen Erwerbspersonen um 247 531. In den vier Jahren seit der Währungsreform nahm die Zahl der unselbständigen Erwerbspersonen um 2 491 000 zu. Fast die Hälfte der neu in den Arbeitsprozeß gekommenen waren Frauen.

Auch diese Zahlen sprechen für sich selbst. Sie sprechen für die immer wieder angegriffene und geschmähte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung.

Die SPD hat der sozialen Marktwirtschaft des Bundesministers Prof. Erhard prophezeit, daß sie eine gewaltige Arbeitslosigkeit heraufführen würde. In Wirklichkeit hat diese Wirtschaftsform in einem fast unvorstellbarem Ausmaß Arbeitslose aufgesogen und Arbeitsplätze geschaffen. Sie hat diese Erfolge erreicht, obwohl an Flüchtlingen und Heimkehrern immer wieder beträchtliche Massen in die Bundesrepublik hineingeströmt sind.

Der englische Wirtschaftler Lord Key-

nes stellt in seinem Buche „Allgemeine Theorie der Beschäftigung und des Zinses“, der Bibel der Vollbeschäftigungstheoretiker, fest: Wenn ein Wirtschaftssystem 10 Prozent Arbeitslose habe, könne man daraus nicht auf das Versagen des Systems schließen. Im Sinne dieser Feststellungen errechneten internationale Vollbeschäftigungsexperten, daß ein Land mit 8 Prozent Arbeitslosen vollbeschäftigt ist. In der Bundesrepublik gilt seit Ende Juni der Satz 7,6 Prozent. Die Bundesrepublik ist also im Sinne der sozialistischen Wirtschaftstheoretiker ein Land der Vollbeschäftigung geworden. Das wurde erreicht unter den schwierigsten Voraussetzungen und mit einem Wirtschaftssystem, demgegenüber nun endlich die völlig haltlosen und hilflos wirkenden Angriffe der SPD schweigen sollten.

Um eine Diskussionsgrundlage

Über Verlauf und Ergebnis der letzten Pariser Saargespräche wird von den Teilnehmern Stillschweigen bewahrt. Dieses Verfahren ist gut — wenngleich dadurch der „Wissensdurst“ der internationalen Öffentlichkeit zu kurz kommt. In dieser neuen Phase der Saargespräche geht es nämlich darum, die Standpunkte einwandfrei und eindeutig zu klären. Vor allem erscheint es notwendig, den in letzter Zeit viel zitierten, zunächst vagen Begriff einer „Europäisierung der Saar“ zu konkretisieren, um so eine taugliche Diskussionsgrundlage zu gewinnen. Daher verdient in einem Stadium, da alles noch in der Entwicklung ist, auf Grund der Erfahrungen die eingeschlagene Methode den Vorzug vor einer Verhandlung in aller Öffentlichkeit, denn bekanntlich sind in solchen Fällen parlamentarische Debatten eher geeignet, Öl ins Feuer zu gießen, als die Wogen zu glätten.

Die Tatsache, daß das deutsch-französische Gespräch nach einer kurzfristigen Verschiebung am Mittwoch termingerecht stattfand, hat die Urheber verschiedener düsterer Prognosen ins Unrecht gesetzt. Übrigens gewinnt man auch im neutralen

Ausland den Eindruck, als sei die Verlegung der Aussprache vom 8. auf den 13. August vielfach unnötig dramatisiert worden. Die Tatsache, daß ein weiteres Gespräch für den 29. August anberaumt wurde, beweist gleichfalls, daß die bisherigen Zwischenergebnisse den Partnern den Wunsch nahelegen, im Gespräch zu bleiben, und daß sie für die Fortsetzung der Unterhaltung eine gründliche Vorbereitung für notwendig erachten. Ohne sich irgendwelchen Illusionen hinzugeben, darf man daher aus dem Resultat auch der letzten Gespräche das Recht ableiten, die weitere Entwicklung dieser Phase nicht ausgesprochen pessimistisch zu betrachten.

Es wäre übrigens vollkommen verfehlt, wollte man das westeuropäische Klima ausschließlich nach dem jeweiligen Stand der Saarfrage beurteilen. Man nimmt diesem Problem nichts von seiner Bedeutung, wenn man feststellt, daß es zwar eine wichtige Teilfrage, aber eben doch nur eine Teilfrage ist, die im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses und damit der Integration Europas eines Tages zwangsläufig gelöst werden muß — und zwar in einer Weise, die eine nach demokratischen Grundsätzen einwandfreie und echte Zustimmung der Saarbevölkerung an die erste Stelle rückt. Deshalb wäre es verfehlt, in den Schwierigkeiten die sich in dem Wort „Saarfrage“ zusammenfassen lassen, eine Gefährdung der europäischen Integration zu sehen. Es wäre verfehlt, weil es falsch wäre, etwa über eine Lösung der Saarfrage zur Integration Europas gelangen zu wollen. Natürlich muß diese Frage ausgeräumt werden, aber dazu erscheint der „Weg von oben her“ erfolgversprechender. Gerade durch die in diesen Tagen zur Tatsache gewordene Montan-Union, wie durch den EVG-Vertrag werden unter den sechs Teilnehmerstaaten, besonders aber zwischen Deutschland und Frankreich, so enge Beziehungen geschaffen, daß sie auf längere Sicht selbst in solchen Fragen zu einer Entschärfung führen müssen, die sich bisher als ausnehmend hartnäckige Störungsquellen erwiesen haben. Es ist nicht uninteressant festzustellen, daß auch neutrale Beobachter der Entwicklung sich diese These zu eigen machen beginnen. Man tut gut, auch die augenblickliche Phase der deutsch-französischen Saargespräche unter dieser Perspektive zu betrachten und zu bewerten. Der Faktor Zeit bringt die Reife — nicht nur in der Natur, sondern auch im Leben der Menschen und Völker im politischen Geschehen.

Das interessiert Sie . . .

Auf zwei Gebieten ist im Sommer 1952 ein neuer Höchststand erreicht worden: In den Investitionsgüterindustrien mit 178,7 % (hier insbesondere Stahlbau, Maschinenbau, Fahrzeugbau, Schiffbau) und im Baugewerbe mit 154,7 % von 1936. Diese Produktionssteigerung ist um so bemerkenswerter, als im vorigen Jahr vom Mai zum Juni die Produktion der Investitionsgüterindustrien unverändert blieb, diejenige des Baugewerbes sank. Dank der weiterhin unverminderten Investitionstätigkeit ist der Index der Industrieproduktion, der im Vorjahr vom Mai zum Juni gesunken war, in den gleichen Monaten des laufenden Jahres gestiegen.

Im NWDR erklärte der SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher zum Schuman-Plan wörtlich: „Man fühlt sich in Deutschland gegenüber der Arbeiterschaft des eigenen Landes nicht mehr stark genug und sucht darum Anschluß an den Großbesitz anderer Länder.“ Wer ist „man“? fragt der Schnelldienst des Deutschen Industrieinstituts. Die französischen Kohlengruben sind verstaatlicht, die französische Eisenindustrie arbeitet im Zeichen des staatlichen Monnetplans, in der Ruhrindustrie sitzen die Gewerkschaften — und die SPD — an entscheidenden Stellen. Wer also ist „man“?

A IV 2 a Allgemeines

14 Milliarden Auslandsschulden

Als Ergebnis der Londoner Schuldenkonferenz beträgt die deutsche Auslandsschuld insgesamt rund 14 Milliarden DM. Davon entfallen, wie Präsident Hermann Abs zur Ergänzung früherer Angaben am 11. August mitteilte, rund 6 Milliarden auf die Vorkriegsschulden, knapp 1,2 Milliarden auf rückständige Zinsen von Vorkriegsschulden, die dem Schuldkapital zuge schlagen worden sind und rund 6,8 Milliarden auf Nachkriegsschulden. Das ist eine beträchtliche Erleichterung gegenüber dem ursprünglichen Zustand. Die deutschen Vorkriegsschulden einschließlich rückständiger Zinsen waren vor Beginn der Schuldenkonferenz auf 13 bis 16 Milliarden DM geschätzt worden. Die Nachkriegsschulden waren von den Alliierten mit 16 Milliarden DM angegeben worden. 16. August 1952

A IV 11 b Wohnungswesen

Fortschritte im Wohnungsbau

Wie das Bundeswohnungsbauministerium am 13. August in Bonn mitteilte, sind im ersten Halbjahr des Jahres 1952 rund 106 000 Wohnungen, davon etwa 70 Prozent Neubauten, errichtet worden. Vergleicht man die Zahlen der Baugenehmigungen bzw. der noch laufenden Bauvorhaben, so wird in diesem Jahre im Endergebnis mit mindestens ebensoviel neuen Wohnungen zu rechnen sein wie 1951. Die Beschäftigtenzahl im Bau- und Baunebengewerbe lag im ersten Halbjahr 1952 um 41 000 höher als vor Jahresfrist. Die Preise sind seit dem Februar nur noch leicht angestiegen, so daß wieder zuverlässiger disponiert werden kann. In erster Linie wurden Drei- und Vier-Zimmer-Wohnungen gebaut. Einen beträchtlichen Anteil daran machen Eigenheime, Kleinsiedlungen und kleinere Wohngebäude aus. Die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmungen haben in diesem Jahr rund 65 Prozent mehr Bauvorhaben begonnen als im Vorjahre. Neben den 300 000 neuen Wohnungen aus dem sozialen Wohnungsbauprogramm wird die Errichtung von rund 60 000 Wohnungen im steuerlich begünstigten und frei finanzierten Wohnungsbau erwartet. Die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaues ist nach Mitteilung des Bundesministeriums für den Wohnungsbau gesichert. 16. August 1952

A III 1 i SRP

Graf Westarp legt SRP-Ämter nieder

Graf Wolf von Westarp, dritter Bundesvorsitzender der SRP, hat am 12. August seine sämtlichen Ämter als SRP-Funktionär aufgegeben. Er sah sich dazu veranlaßt, weil Dr. Dorls, der erste Bundesvorsitzende dieser Partei, nicht bereit gewesen sei, die Konsequenzen aus einer Veröffentlichung zu ziehen, die in einer Zeitschrift erschienen war, und seine Funktion als Parteivorsitzender der SRP niederzulegen. In dem erwähnten Bericht dieser Nachrichtenzeitschrift war Dr. Dorls beschuldigt worden, kürzlich in München ausführliche Anweisungen für eine Tarnung der Sozialistischen Reichspartei im Falle eines Verbotes gegeben zu haben. Dr. Dorls soll ferner den kürzlich in der Sowjetzone verschwundenen Dr. Günther Gereke als seinen Freund und einen der „kommenden Männer“ bezeichnet haben.

A V n Landtagswahlen

Nachwahl im Wahlkreis Bentheim

Für die Nachwahl zum Niedersächsischen Landtag im Wahlkreis Bentheim, die durch den Tod des Abgeordneten Specht (SPD) notwendig geworden ist und am 31. August abgehalten wird, hat die CDU Landrat Richard Zahn (Nordhorn) als Kandidat nominiert. Außer ihr haben die SPD, der BHE, die SRP und die KPD Kandidaten aufgestellt. Dazu wird sich ein unabhängiger Kandidat zur Wahl stellen. Verhandlungen, die mit dem Ziel geführt wurden, zwischen der CDU und den Vertretern des unabhängigen Kandidaten, dessen Nominierung vom Mittelstandsblock, der Deutschen Partei und der Freien demokratischen Partei unterstützt wird, eine Einigung über eine gemeinsame Kandidatur herbeizuführen, sind gescheitert. Der Kandidat der CDU wird jetzt lediglich von der Zentrums Partei unterstützt. 16. August 1952

A V g Baden-Württemberg

Freiburger Erzbischof zur Landesverfassung

Der Freiburger Erzbischof Rauch hat der vorläufigen Landesregierung von Baden-Württemberg eine Reihe von Änderungsanträgen zu den kirchen- und schulpolitischen Artikeln des Verfassungsentwurfs der Koalitionsparteien unterbreitet. Der Erzbischof fordert u. a., daß nicht nur das Badische Konkordat vom Jahre 1932 und der Kirchenvertrag mit der Evangelisch-Protestantischen Landeskirche vom Jahre 1932, sondern auch der Vertrag des Freistaats Preußen mit dem Hl. Stuhl vom Jahre 1929 und das Reichskonkordat vom Jahre 1933 durch die Verfassung des neuen Bundeslandes anerkannt werden. Gegen eine Verewigung des „Kanzelparagraphen“ in der Landesverfassung, nach dem die Einrichtungen und Veranstaltungen der Kirchen „nicht zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht werden dürfen“, müßte sich die Kirche „energisch verwahren und erwarten, daß man diese diskriminierende Vorschrift aus der Verfassung eliminiert“. Erzbischof Dr. Rauch schlägt für den Abschnitt „Religion und Religionsgemeinschaften“ u. a. vor, die Freiheit des Bekenntnisses und der Ausübung der Religion unter gesetzlichen Schutz zu stellen. Ferner werden Bestimmungen vorgeschlagen über die selbständige Ordnung und Verwaltung kirchlicher Angelegenheiten durch die Kirche, die Verleihung kirchlicher Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde, über den Schutz des Eigentums der Kirchen, Gewährleistung der auf Gesetz, Vertrag oder sonstigen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Kirchen, sowie Bestimmungen über das Recht der Kirchen, in Krankenhäusern, Strafanstalten und sonstigen öffentlichen Anstalten Seelsorge auszuüben. Das natürliche Recht der Eltern, die Erziehung und Bildung ihrer Kinder, sowie die Schulart zu bestimmen, bilde die Grundlage des Erziehungs- und des Schulwesens. Die Volksschulen sollen Bekenntnis- oder christliche Gemeinschaftsschulen sein. Die eine oder andere Schulart solle auf Antrag der Eltern und Erziehungsberechtigten in den Gemeinden errichtet werden, wenn die Zahl der Schüler unter gebührender Berücksichtigung der örtlichen schulorganisatorischen Verhältnisse einen geordneten Schulbetrieb ermögliche. Der Religionsunterricht soll an allen Volks-, Berufs-, Fach- und Mittelschulen und an den Höheren Lehranstalten ordentliches Lehrfach sein, im Auftrag der Kirchen erteilt und von diesen beaufsichtigt werden. Schließlich werden die verfassungsmäßige Gewährleistung des Rechts zur Errichtung von Privatschulen und deren Unterstützung durch öffentliche Mittel gefordert, die konfessionelle Lehrerbildung und Garantien zur Erhaltung der theologischen Fakultäten mit den bisherigen Rechten. Erzbischof Dr. Rauch verlangt ferner die Erhaltung der Bekenntnisschule im ehemaligen Lande Württemberg-Hohenzollern. „Wenn man es unternehmen sollte, die Bekenntnisschule in Württemberg-Hohenzollern zu beseitigen, werden wir alle Mittel anwenden, um dieses Unrecht, diese Vergewaltigung der Elterngewissen hintanzuhalten.“ 16. August 1952

A V g Baden-Württemberg

Senat — ein Element der Stabilität

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung von Baden-Württemberg, Wilhelm Simpfendorfer, hat im Informationsdienst der südwestdeutschen CDU zu dem im Verfassungsentwurf der CDU vorgeschlagenen Zweikammersystem ausführlich Stellung genommen. Es müsse überlegt werden, auf welche Weise gegenüber dem labilen Charakter des nur parteimäßig zusammengesetzten Parlaments stabilere demokratische Elemente als Gegengewicht in das Staatsgefüge eingebaut werden können. Der von der CDU vorgeschlagene Senat solle ein solches Element der politischen Stabilität im neuen Staat darstellen. Er müsse in seiner Zusammensetzung ebenso die regionale Gliederung des neuen Landes wie die geistige, soziale und wirtschaftliche Struktur des Volkes berücksichtigen. Der Senat stelle also keine einseitige berufsständische Vertretung dar. Er habe vielmehr eine umfassende Repräsentation des Volkes und des Landes abzugeben. Schließlich müsse auch berücksichtigt werden, daß eine erfolgreiche politische Mobilisierung des Volkes auf der parteipolitischen Ebene leider nur in unzulänglicher Weise möglich sei. 16. August 1952

C c Landesparteien

Es gibt keine Neutralität in der Politik

Landtagsabgeordneter Wehren (CDU) sprach vor kurzem in einer Versammlung der Katholischen Arbeiterbewegung im Kreis Geldern (Niederrhein) über die Aufgaben und Pflichten der christlichen Wählerschaft. Er wies dabei auf die Notwendigkeit hin, daß sich in allen politischen Fragen die katholischen und evangelischen Christen zusammenschließen, damit die Erfolge, die die Christlich-Demokratische Union bis jetzt erzielte, auch weiterhin gesichert bleiben. Nur wenn alle Christen zusammenstünden, werde es gelingen, dem Ansturm der Gegenseite standzuhalten und die christliche Weltanschauung durchzusetzen. Aktivität im politischen Leben gehöre mehr denn je zur Christenpflicht. Im Hinblick auf die Kommunalwahlen warnte Abg. Wehren vor der Aufstellung sogenannter parteiloser Kandidaten. In der Politik gäbe es keine Neutralität, sondern man habe sich zu entscheiden. Praktisch könne man sich nur für die eine oder andere Partei entscheiden. Parteilose Kandidaten seien zumeist die Vertreter irgendeiner Interessengruppe. Das Ratsmitglied der Gemeinde müsse aber vor allem das Allgemeinwohl im Auge haben. Es müsse die verschiedenen Interessen der Bürgerschaft aufeinander abstimmen, sie abwägen, um dann für alle das Beste zu erreichen. Es sei undemokratisch, wenn einzelne Interessengruppen Einfluß auf die Beschlüsse der Parlamente bekämen. Das Wohl der Gesamtheit wie das jedes einzelnen Bürgers schlechthin wäre dann nicht mehr gesichert. Wesentlich für den Bestand einer Gemeinde sei, daß als Kandidaten für die kommenden Kommunalwahlen die bestgeeigneten Männer und Frauen, charaktervolle Persönlichkeiten, aufgestellt würden, die beseelt seien von der Liebe zur Heimat und aus einem ebendigen Interesse heraus sich von den Gemeinschaftsaufgaben des Rates verpflichtet fühlten.

16. August 1952

A VI Sowj. besetzte Zone

Aktiver Kirchenkampf in der Sowjetzone

Das katholische „Petrusblatt“, das Organ des Bistums Berlin, richtete kürzlich einen scharfen Angriff gegen das Sowjetzonen-Regime, das „die Glaubens- und Gewissensfreiheit auf kaltem und bürokratischem Wege“ einenge. Das Petrusblatt schreibt, daß die SED-Politiker sich dabei auf die Bestimmung der ostzonalen Verfassung stützten, nach der die freie Betätigung der Religionsgemeinschaften mit der Einschränkung „nach Maßgabe der für alle geltenden Gesetze“ garantiert ist. So sei dem Berliner Bischof Weskamp die Einreisegenehmigung in die in der Ostzone liegenden Pfarreien seiner Diözese verweigert worden, in Westdeutschland ausgebildete Neupriester erhielten keine Genehmigung, in der Ostzone tätig zu sein und in den Pfarreien werde verboten, in der Zone Liebesgaben katholischer Brüder aus dem Ausland zu verteilen. Das „Petrusblatt“ berichtet ferner über neue, gegen die Kirche gerichtete Pläne der SED. So solle auch das Kirchenland in die neuen „landwirtschaftlichen Produktions-Gemeinschaften“ mit eingeplant werden. Ferner sei vorgesehen, daß die Sozialversicherungskassen der Sowjetzone keine Kosten mehr in konfessionellen Krankenhäusern übernehmen und die Ärzte angewiesen werden sollen, keine Einweisungen mehr in solche Kliniken vorzunehmen. Als letzte Maßnahme sei dabei die Umwandlung der konfessionellen Krankenanstalten in Unterabteilungen der staatlichen Krankenhäuser beabsichtigt. Unter dem Stichwort „Sozialwesen“ sollen ferner die Konzessionen für private Anstalten entzogen werden. Das Fernziel der SED sei die Beschränkung der Kirche auf das Gebiet des Gottesdienstes oder ihres Kultes.

16. August 1952

A IV 4 g Landarbeiterfragen

Bauern ohne Äcker — Äcker ohne Bauern

Für eine wirksame Sozialpolitik auf dem Lande setzte sich der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Schütz am 7. August auf der Jahrestagung der sudetendeutschen Ackermann-Gemeinde in Schwäbisch-Gmünd ein. Wenn es nicht gelingen sollte, so erklärte Schütz, echte Landarbeiterfamilien in eigenen Wohnungen unterzubringen, werde sich die Landflucht nicht beheben lassen. Wenn es auf der einen Seite Bauern ohne Äcker und auf der anderen Äcker ohne Bauern gebe, so sei die Gesellschaftsordnung faul. Diese Ordnung, so fügte Schütz hinzu, kranke auch an der Gefährdung der Familie durch die Ehepartner selbst und durch äußere Einflüsse, an der Auflösung der gesellschaftlichen Bindungen und an der Vermassung. Der Redner schlug vor, bei steigenden Preisen die Löhne mitzuerhöhen und den Differenzbetrag zweckgebunden im Betrieb anzulegen. So könne der Arbeiter mit zum Eigentümer in der Wirtschaft gemacht werden. Die Ackermann-Gemeinde bezeichnete Schütz als eine ständige Volkshochschule, die sich mit den soziologischen, kulturellen und wirtschaftlichen Fragen in katholischen Sicht befasse.

16. August 1952

A IV 6 i Gewerkschaften

Nicht streiken, sondern Demokratie verteidigen

Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, August Schmidt, hat sich am 11. August in Bochum vor Verbandsangestellten der IG Bergbau u. a. mit der Frage eines Streiks gegen das Betriebsverfassungsgesetz befaßt. Er erklärte dazu: „Ein Streik gegen das Betriebsverfassungsgesetz würde sich in dieser Situation gegen den Bundestag, gegen ein vom deutschen Volk gewähltes Parlament, damit aber auch zu gleicher Zeit gegen den Staat gerichtet haben, den wir, die Gewerkschaften, bejahen, und von dem wir immer behaupten, seine stärksten Stützen und Verteidiger zu sein.“ Von den Gewerkschaften sei, so sagte Schmidt weiter, bisher immer recht stark betont worden, daß man die demokratische Staatsverfassung in der jetzigen westdeutschen Republik mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen werde. „Wir können es uns also nicht gestatten, gegen ein Parlament, das auf Grund demokratischer Wahlen zusammengesetzt ist, solche Mittel anzuwenden.“ Man könne wohl, so fuhr er fort, das Parlament durch andere geeignete Maßnahmen auf Forderungen zu einem Gesetzentwurf aufmerksam machen und so auch versuchen, auf die einzelnen Parteien einen Druck auszuüben. „Wir dürfen aber nicht so weit gehen, mit außerparlamentarischen Mitteln ein Parlament zu beseitigen und die Staatsverfassung nicht zu beachten“, erklärt Schmidt.

Auf einer Pressekonferenz kritisierte Schmidt die Versuche, die Einheitsgewerkschaft zu spalten. Er betonte erneut die parteipolitische, religiöse und weltanschauliche Neutralität der Gewerkschaften. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß etwa ein halbes Dutzend politischer Parteien und eine Reihe anderer Gruppen fortwährend in die Gewerkschaftsarbeit eingriffen. Die Gewerkschaften könnten sich weder einer politischen Partei unterordnen noch von irgendeiner Seite Befehle empfangen. Sie mußten an ihren Neutralitätsprinzipien festhalten, wenn sie nicht ihre Existenz gefährden wollten. Die Gewerkschaften könnten wohl mit der einen oder mit der anderen Partei über Maßnahmen beraten, die sie gewerkschaftlich für erforderlich hielten. Sie dürften sich dabei aber nicht einseitig orientieren, sondern müßten stets darauf achten, daß die parteipolitische Neutralität gewahrt bleibe.

16. August 1952

A IV 3 a Allgemeines

Jahrestagung der Haus- und Grundbesitzer

Auf der Jahrestagung des Zentralverbandes der Deutschen Haus- und Grundbesitzer, die vom 27.—31. August in Hamburg stattfindet, wird der neue Bundesminister für Wohnungsbau, Neumayer, auf einer öffentlichen Kundgebung zum ersten Mal sein Programm entwickeln. Fachleute nehmen auf dieser mehrtägigen Arbeitstagung zu den aktuellen Einzelfragen der Wohnungspolitik Stellung. Der aus der katholischen Arbeiterbewegung stammende Bundestagsabg. Even (CDU) spricht über „Das Haus- und Grundeigentum des kleinen Mannes“. Zur weiteren Entwicklung des Lastenausgleichs äußert sich Bundestagsabg. Kunze (CDU). Ferner befassen sich Referate mit dem Ruinen-eigentum und der Förderung des Wiederaufbaues in Verbindung mit dem Lastenausgleich. Dr. Victor Muthesius behandelt die Problematik einer Normalisierung des Kapitalmarktes im Zusammenhang mit der Zwangsbewirtschaftung des Wohnungswesens. „Grundstückspreisstop und Enteignung“, „Planungsschäden“, „Kommunalpolitik und Hausbesitz“, die Reform der Wohnraumbewirtschaftung, Requisitions- und Restitutionsfragen sind weitere Themen. Breiten Raum nimmt die Mietpreispolitik ein. Über den Hausbesitz in der Sowjetzone berichtet Dr. Frank, Berlin.

16. August 1952

A IV 7 c Flüchtlingsorganisation

Oberschlesier danken Dr. Lukaschek

Auf einer Delegiertentagung der ober-schlesischen Landsmannschaft Nordrhein-Westfalen nahmen die Vertreter von 48 Ortsgruppen auch zu der Angelegenheit Dr. Lukaschek, der bekanntlich selbst Oberschlesier ist, Stellung. In einer von dem Bundestagsabgeordneten Ehren eingebrachten und einstimmig angenommenen Erklärung heißt es: „Soweit es sich bei Dr. Lukaschek um seine hochpolitische Betätigung als Bundesvertriebenenminister handelt, ist es allein Aufgabe der politischen Parteien, insbesondere der Partei, die ihn berufen hat, ihm Weisungen zu erteilen bzw. seine Abberufung zu verlangen. Das Recht der Kritik kann einem Politiker nicht genommen werden.“ Es sei aber dringend davor zu warnen, daß die unpolitischen Organisationen der Ostvertriebenen Werturteile über politisch tätige Persönlichkeiten — gleich welcher Partei sie angehörten — abgeben. In der Entschließung heißt es dann weiter, daß die ober-schlesische Landsmannschaft zu dem früheren Oberpräsidenten und Vorkämpfer für ein freies Oberschlesien in alter Treue und Verbundenheit stehe.

16. August 1952

Der Osten und die Kirchen

Im Bayerischen Rundfunk hat Dr. Ehlers ein Bild vom Kampf des östlichen Systems gegen die Kirchen, insbesondere gegen die Evangelische Kirche, gegeben. Im ersten Teil seiner Darlegungen zeigt er, wie es Schritt um Schritt zu diesem Kampfe kam. Im zweiten Teil, den wir in der nächsten Ausgabe veröffentlichen, weist Dr. Ehlers dann auf die Gefahren hin, die ein Verkennen der Lage im Westen für alle heraufbeschwört.

Jahrelang hatte man sich bemüht, durch äußeres Entgegenkommen die Kirchen, wenigstens die evangelische Kirche, in den Gesamtplan der östlichen Propaganda einzuordnen. Man bewies der Kirche ein Entgegenkommen in manchen äußeren und finanziellen Fragen. Die der Kirche aus früheren Zeiten zustehenden Staatszuschüsse und Dotationen wurden im wesentlichen von den Ländern der Ostzone gezahlt. Die bestehende Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland wurde respektiert, indem man die Kirchenversammlung 1948 in Eisenach, die Synode in Berlin-Ost 1950 und zahlreiche Sitzungen des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland in der Ostzone und in Ost-Berlin zuließ. Immer gab es aber schon einige neuralgische Punkte. Insbesondere die Jugendarbeit der Kirche wurde von den östlichen Machthabern argwöhnisch betrachtet. Sie gewann nicht die Freiheit, die uns selbstverständlich scheint. Ihre Arbeitsmöglichkeiten wurden sehr bald so beschränkt wie unter dem Nationalsozialismus. Neben der einen Ausschließlichkeitsanspruch erhebenden sogenannten Freien Deutschen Jugend wurde die christliche Jugend auf die unmittelbar kirchliche Betätigung beschränkt. Alles, was zur Weckung und Förderung des Gemeinschaftslebens junger Menschen auch im kirchlichen Bereich unausweichlich ist, Wandern, Sport usw., wurde immer mehr behindert. Das in der Situation der Sowjetzone immer dringlicher werdende politische Gespräch und der Austausch über die öffentliche Verantwortung gegenüber den totalitären Machthabern wurde durch die lückenlose politische Überwachung unmöglich gemacht. Wenn es aber stattfand und bekannt wurde, führte es zu scharfen staatspolitischen Maßnahmen.

Fehlgeschlagene Sowjetpropaganda

Sicher hat diese Beschränkung auf den unmittelbar kirchlichen Fragenkreis eine innere Stärkung in mancher Beziehung zur Folge gehabt und dazu geführt, daß sich die jungen Menschen der Kirche nicht als irgendein Jugendverband verstanden, sondern als junge Gemeinde. Andererseits mußte aber angesichts des unaufhörlichen auch mit wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen verbundenen Drucks auf den einzelnen und seine Eltern eine zunehmende Gefährdung der Jugendarbeit der Kirche eintreten. Sie ist den östlichen Machthabern aber offenbar ebenso wenig schnell genug gegangen wie die Durchsetzung des Pfarrerstandes mit Anhängern des östlichen Systems. Bekanntermaßen hat sich bei allen Versuchen, die sogenannten fortschrittlichen Pfarrer zu organisieren, gezeigt, daß sie durchweg nicht einmal 1% der Pfarrerschaft ausmachten. Nach allen Enttäuschungen für die Machthaber im Osten, auf diese Weise Boden zu gewinnen, erlebten sie den Fehlschlag ihrer Propaganda auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag 1951 in Berlin. Sie hatten wohl gehofft, daß es ihnen möglich sein würde, durch einen massierten Einsatz ihrer Propagandamittel

die Kirchentagsbesucher aus West und Ost gleichmäßig für ihre Ziele zu gewinnen. Es zeigte sich, daß diese Hoffnung völlig fehlgeschlug. Ich höre noch das sächsische Mädchen, das ich in einem Zeltlager, das die FDJ im Osten für die evangelische Jugend zur Verfügung gestellt hatte und das entsprechend mit Propagandaspruchbändern ausgestattet war, fragte, was sie denn zu dieser Propaganda meine, antworten: „Das sähn ma gornich mähr!“ Ich höre noch, wie bei der überwältigenden Jugendkundgebung im Walter-Ullbricht-Stadion in Ost-Berlin der Leiter vor den 90 000 gelassen feststellte, daß dieses Stadion für die evangelische Jugend jedenfalls zu klein sei. Nach diesen Erfahrungen durfte man annehmen, daß — wie beim Nationalsozialismus — irgendwann der Zeitpunkt kommen würde, in dem man unter Anwendung von Zwang und Gewalt versuchen würde, die Kirche zum Schweigen zu bringen.

Gewalt gegen die Kirche

Wir reißen aneinander, was in den letzten Wochen geschah. Zunächst griff der SED-Generalsekretär Ullbricht auf dem Parlament der FDJ in Lipzig die kirchliche Jugendarbeit und ihre Zentrale, die Jugendkammer Ost der EKD, scharf an. Dann versuchte man, ohne daß man ein eigentliches Verbot aussprach, durch Verweigerung der zugesagten Sonderzüge, durch Verbot von Veranstaltungen unter freiem Himmel und in öffentlichen Sälen, durch Beschlagnahme der zur Verfügung gestellten Lebensmittel, durch Verbot der Unterbringung in Sälen und durch die Anordnung, daß in keinem Privathaus mehr als zwei Gäste aufgenommen werden dürften, einen großen evangelischen Jugendtag in Lübbenau im Spreewald zum Scheitern zu bringen. Daß er dennoch mit fast 5 000 Jugendlichen stattfand, ist dem Opfermut der Jugend, der Tatkraft des Generalsuperintendenten der Lausitz Jakob zu danken. Und daß keines der Jugendlichen in den Kirchen zu übernachten brauchte, wie es notfalls vorgesehen war, mag die Machthaber der Zone über die Haltung der Bevölkerung unerwünscht klar ins Bild gesetzt haben.

Nach diesem Mißerfolg ging es weiter. Die Einreiseperrre für die Ostzone wurde auf die kirchlichen Amtsträger angewandt, noch nicht auf den Bischof Dibelius, aber bezeichnenderweise auf den Bevollmächtigten der EKD bei der Sowjetzonenregierung, Probst Grüber, der als einer der stärksten Befürworter eines Ausgleichs zwischen West und Ost bekannt ist. Er durfte nicht nach Görlitz zur Einführung des schlesischen Bischofs Hornig fahren. Die nach Görlitz einberufene Synode der evangelischen Kirche der altpreußischen Union wurde dort verboten und mußte in Berlin tagen. Als Vorwand mußte dienen, daß es noch eine schlesische und pommerische Kirche gibt, obwohl die deutsch gebliebenen Teile Schlesiens heute staatlich zu Sachsen und die deutsch gebliebenen Teile Pommerns heute staatlich zu Mecklenburg gehören. Besonders stieß man sich aber an der Existenz der altpreußischen Kirche, da

es Preußen nicht mehr gäbe. Daß das alles höchst inkonsequent — in einem Augenblick geschieht, in dem man im Rahmen der auf Nationalarmee eingestellten östlichen Propaganda Preußen, Scharnhorst, Gneisenau und andere vor den östlichen Propagandawagen zu spannen sucht, ist nicht uninteressant. Genau wie der Nationalsozialismus glaubt man, der Kirche am ehesten mit finanziellen Druckmaßnahmen beikommen zu können. Kurz vor ihrer Auflösung müssen auf einheitliche Weisung die Landesregierungen der Ostzone einen Teil der Staatszuschüsse einbehalten, weil sie angeblich an die altpreußische Union als Umlage abgeführt werden. Das alles geschieht unmittelbar, nachdem der neue Vorsitzende des Rates der altpreußischen Union, der rheinische Präses Held, seinen Antrittsbesuch bei Grotewohl gemacht hat. Nun ist Held ein Mann, von dem jeder in der Kirche weiß, daß er wesentlich mehr Verbindung zu Heinemann und Niemöller hat als zu den Vertretern der sogenannten Bonner Politik. Aber selbst diese Chance scheint den Herren in Pankow offenbar nicht mehr groß genug, um darum die Zurückhaltung gegen die Kirche noch aufrecht zu erhalten. Sie haben inzwischen die Maske fallen lassen. Trotz aller sowohl deutschen Stellen wie dem Präsidenten des Lutherischen Weltbundes, dem schwedischen Bischof Nygren, gegebenen Zusagen, wurden im letzten Augenblick die Pässe für die 5 000 Besucher der Lutherischen Weltbundtagung in Hannover und für die 20 000 Besucher des Kirchentages in Stuttgart Ende August, die aus der Ostzone sich angemeldet hatten, verweigert. Zuerst mußte der Besuch Dr. Adenauers bei der Eröffnungsfeier in Hannover, der inzwischen abgesagt wurde, als Begründung herhalten. Wir erinnern uns mit Interesse daran, daß vor einem Jahr Herr Pieck und seine Minister äußersten Wert darauf legten, in der Berliner Marienkirche zur Eröffnung des Kirchentages zu erscheinen und herausgehoben begrüßt zu werden. Daß es gelang, eine Ansprache der östlichen Machthaber dabei zu verhindern, lag jedenfalls nicht an ihnen.

Verfolgung beider Kirchen

Wir hören weiter, daß bestellte Angriffe gegen die evangelischen Studentengemeinden an den Universitäten der Ostzone gerichtet werden, da sie sich angeblich der einheitlichen politischen Ausrichtung der Studentenschaften entzogen. Es wird angekündigt, daß die theologischen Fakultäten, die noch in Berlin, Greifswald, Rostock, Halle, Jena und Leipzig bestehen, aufgehoben werden sollen. Und als letztes erfahren wir, daß alle evangelischen Jugendfreizeiten, die vom Jugendpfarramt der mecklenburgischen Kirche für den Sommer vorbereitet sind, verboten wurden. Es ist das nun seit 19 Jahren geläufige Bild der totalitären Gewalt über die Kirche; Überredung, Versuch der Aufspaltung, wirtschaftlicher Druck, organisatorische Verkümmern nach Rosenbergschem Rezept, finanzielle Einengung, Verleumdung und endlich, wenn alles nicht hilft, Verbot und Staatspolizei.

Das ist der Osten, wie er sich der Kirche und dem deutschen Volke heute darbietet. Wir Evangelischen nehmen mit Schmerz davon Kenntnis, daß die gleichen Methoden gegenüber dem Deutschen Katholikentag in Berlin im August mit der Sperrung von Sälen, Versammlungsstätten usw. eingeleitet werden. Hier stehen beide Kirchen gemeinsam in der gleichen Bedrückung.

Junge Union Schleswig-Holstein lebt und arbeitet

Im Verlauf des letzten Vierteljahres hat die Junge Union Schleswig-Holsteins ihre Aktivität im ganzen Lande in erfreulicher Weise verstärken können. Es geschieht gewiß nicht zufällig, daß diese Erfolge, die man bis vor kurzem wohl kaum für möglich gehalten hätte, in einer Zeit sichtbar werden, die das deutsche Volk in ganz besonderem Maße vor weittragende politische Entscheidungen stellt. Immer wieder zeigt sich deutlich, daß es sich bei dem Neuaufbau der Jungen Union nicht um „Organisation von oben“ handelt, sondern daß es um ein echtes Anliegen geht, dem wachsenden Interesse der jüngeren Generation an den großen Schicksalsfragen unserer Gegenwart entgegenzukommen und ihr die Möglichkeit zu geben, an deren Lösung verantwortlich mitzuwirken.

Bei ihren Bestrebungen, die Jugend anzusprechen und in ihr ein zielklares politisches Bewußtsein zu wecken, arbeitet die Junge Union aufgelockert und undogmatisch. Ihren sichtbarsten Ausdruck fanden diese Bemühungen in einer Reihe von Wochenendtagungen, die dem Ziel dienten, die Kräfte zu sammeln, den Zusammenhalt unter den einzelnen Gruppen zu stärken und einen intensiven Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. Im Verlauf der letzten Wochen wurden auf diese Weise etwa 300 junge Menschen angesprochen, denen hierdurch enger Kontakt mit maßgebenden Männern des politischen Lebens, richtungweisende Orientierung vermittelt werden konnte. Besonders erfolgreich verliefen die letzten Tagungen in Travemünde, Ratzeburg und Glücksburg, die auch in der örtlichen Presse eine erfreuliche Resonanz fanden. In ähnlicher Form soll die Arbeit in den Kreisen Plön, Eutin und Dithmarschen, wo bereits festgefügte Gruppen vorhanden sind, weitergetrieben werden. Besonders erfreulich ist es, daß sich auch in den Kreisen Husum, Pinneberg und Schleswig neue Ansatzpunkte gewinnen ließen. Weiterhin ist es in diesem Zusammenhang sehr begrüßenswert, daß an der Kieler Universität vor kurzem eine Hochschulgruppe des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) ins Leben ge-

rufen wurde, die bereits 50 Mitglieder zählt und damit in kürzester Frist unter den politischen Studentenvereinigungen der Universität Kiel zur stärksten Gruppe geworden ist. Die Hochschulgruppe arbeitet eng mit der Jungen Union zusammen und vertritt im Rahmen der Universität Grundsätze und Ziele, die mit denen der Jungen Union völlig übereinstimmen.

Auch die Verbindung zu anderen Landesverbänden konnte weiter gepflegt und ausgebaut werden. Der Kontakt zu Hamburg, der auf Grund der regionalen Gegebenheiten schon seit langem besonders eng war, konnte auf der Ratzeburger Tagung, an der etwa 50 Hamburger Freunde teilnahmen, weiter vertieft werden. Überdies konnten anlässlich einer deutsch-holländischen Begegnung, die Anfang Juli in Siegen stattfand, freundschaftliche Beziehungen zum Landesverband Westfalen der Jungen Union aufgenommen werden. Ein Gegenbesuch der westfälischen Freunde soll diese Verbindung noch enger knüpfen.

Die Arbeit der Jungen Union fand eine schöne Anerkennung durch den Ministerpräsidenten und 1. Landesvorsitzenden der CDU, Lübke, der auf einer Landesausschusssitzung der Jungen Union zwei Stunden unter seinen jungen Freunden weilte. Der Ministerpräsident gab einen Überblick über die politische Situation in der Bundesrepublik und vor allem über die besondere Lage Schleswig-Holsteins und beantwortete anschließend freimütig eine Reihe von Anfragen, die in aller Offenheit gestellt wurden. Er kam zu dem Schluß, daß die politische Stabilität weder in der Bundesrepublik noch im Lande Schleswig-Holstein gefährdet sei und daß er keinen Anlaß zur Besorgnis sehe, wenn wir es nur verstünden, die für uns nicht ungünstige Situation auszunutzen. Die Junge Union weiß, daß sich hier große Aufgaben ergeben und daß sie alle Kräfte anspannen muß, um mit Phantasie, Mut, Beweglichkeit und Initiative die besondere Aufgabe zu erfüllen, die ihr im Rahmen der Christlich-Demokratischen Union zufällt, damit sie das werden kann, was sie sich vorgenommen hat: Die Avantgarde der Partei.

„Spiegel“ - KPD - SPD

Es ist wenig erfreulich, sich immer wieder mit Agitationsmethoden auseinanderzusetzen zu müssen, die einer großen Partei mit staatspolitischer Konzeption und achtenswerter Vergangenheit wie der SPD auch in der Opposition, auch im Zeichen eines von langer Hand her vorzubereitenden Wahlkampfes nicht würdig sind. Dieses Mal geht es um eine politische Hintertreppengeschichte im Stil schlechter Kriminalromane, deren Gewährsmann wir hier bereits — wir sollten meinen, genügend — gekennzeichnet haben.

Die Behauptungen des ehemaligen Agenten des französischen Geheimdienstes Schmeißer schienen nicht nur dem „Spiegel“ wichtig. Die KPD sah in der betreffenden Nummer des „Spiegel“ eine treffliche Ergänzung des östlichen Verleumdungsfeldzuges gegen den Bundeskanzler und seine engsten Mitarbeiter und nahm den Artikel in ihre Flugblattaktion auf. Nun hat auch die SPD sich eingeschaltet und bemüht sich durch Wiedergabe der Verleumdungen Schmeißers ihrerseits um weitere Verbreitung. Sie scheut nicht den Versuch, den Behauptungen Schmeißers Glaubwürdigkeit zu verschaffen, indem sie ihr Gewicht als

Opposition in die Waagschale wirft und der Regierung ein Verhalten unterstellt, als habe sie irgend etwas zu vertuschen.

Das Interesse, das die SPD dem ehemaligen Agenten eines ausländischen Geheimdienstes entgegenbringt, wirft die Frage auf, was die SPD wohl sagen würde, wenn die CDU im politischen Kampf Behauptungen eines in fremden Diensten stehenden Agenten wiedergeben würde, die sich gegen die SPD richten. Es ist anzunehmen, daß sie in einem solchen Vorgehen eine Unverfrorenheit erblicken würde. Es ist bedauerlich, daß die SPD selbst jedoch in ihrem Eifer, den politischen Gegner, dem man auf sachlichem Felde der Politik nicht beikommen kann, durch peinliche Verleumdungen aus trüber Quelle herabzusetzen versucht.

Die SPD übersieht merkwürdig beflissen, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer und Ministerialdirektor Blankenhorn gegen Schmeißer Strafantrag gestellt haben, daß die Staatsanwaltschaft mit Erhebungen befaßt ist, das Verfahren also läuft. Es scheint ihr unbekannt zu sein, daß es sich bei der Affäre Schmeißer um ein schwebendes Verfahren handelt, in das niemand, auch nicht die Regierung, eingreifen kann. Diese kann

daher auch zu Fragen, die den Prozeßstoff berühren, derzeit nicht Stellung nehmen. Die SPD scheint das Ergebnis des Verfahrens offenbar nicht abwarten zu wollen. Vermutlich fürchtet sie, hinterher keinen Anlaß mehr zu einer Stellungnahme zu haben.

Die Behauptung, die CDU/CSU habe „eine in die Millionen DM gehende Finanzhilfe für den letzten Bundestags-Wahlkampf vom französischen Geheimdienst erbeten“, ist so absurd, daß es der Feststellung der CDU-Parteileitung, an dieser Behauptung sei kein wahres Wort, nicht bedurft hätte. Es ist bedauerlich, feststellen zu müssen, zu welchem Grad von Entartung der politische Kampf schon wieder gelangt ist. Die Erinnerungen an die Folgen gleicher Kampfmethoden in der Weimarer Zeit und die Parteien, die damals solche Mittel anwandten, sollten schrecken. Die Waffe der Verleumdung und deren Weitergabe spricht außerdem nicht für das Selbstbewußtsein dessen, der sich ihrer bedient.

Ein „geistlicher“ Hochstapler

In der Presse der Sowjetzone finden sich Bilder eines angeblichen „Bischofs“ Gustav Adolf, der mit einem großen Bischofskreuz über der Krawatte in sogenannten Friederversammlungen auftritt und die Politik der Bundesregierung angreift. Die evangelische Landeskirche in Württemberg hat schon vor Jahren vor diesem Mann gewarnt, der nie ein kirchliches Amt bekleidet hat und seinerzeit eine „Allianz-Zeltmission“ aufgezogen hatte.

In der Sowjetzone hat dieser Hochstapler ausgedehnte Vortragsreisen unternommen. U. a. sprach er auf einer Veranstaltung des kommunistischen Friedenskomitees in Schwerin als „Bischof Gustav Adolf“. Er redete die über seine Sprüche einigermaßen entsetzten Pfarrer als „meine Amtsbrüder“ an. Auch in Sachsen forderte er die evangelischen Christen auf, die Sowjetunion zu lieben und hetzte gegen die „westlichen Kriegstreiber“ und gegen den Bundeskanzler Dr. Adenauer. Das Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ berichtete über seine Tätigkeit unter der Überschrift „Stuttgarter Geistlicher gegen Remilitarisierung“. Auch bei den Krawallen in Essen und bei Veranstaltungen des „Nauheimer Kreises“ (Prof. Noack) war dieser geistliche Hochstapler beteiligt. Interessant ist, daß dieser von den kommunistischen Friedensmachern so sehr herausgestellt „Bischof“ ein Verzeichnis von 13 Vorstrafen aufweist, darunter Betrug, Diebstahl, Hehlerei, Preiswucher, Handel mit Giftstoffen, fortgesetzte üble Nachrede usw. Zeitweise war er wegen Schizophrenie in einer Heilanstalt untergebracht.

Das letztere hat er mit einem anderen Star der kommunistischen „Friedensbewegung“ gemeinsam, dem Kunstmaler Freiherr von Sternenfels. Ein Verfahren gegen ihn wegen Beleidigung des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers mußte wegen des § 51 eingestellt werden.

Diese beiden Vertreter haben auch den Aufruf der sogenannten „Deutschen Friedenspartei“ (DFP) mit unterzeichnet, unter dem im übrigen auch Namen vieler waschechter Kommunisten stehen.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Blücherstr. 14. Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schießbach 102. Druck: Buch- u. Verlagsdruckerei L. Leopold, Bonn.